Tag der Wirtschaft
Freitag, 3. September 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Präsidialadresse

Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die noch im letzten Jahr gehegten Befürchtungen im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich was die Schweiz anbelangt glücklicherweise nicht eingestellt. Der Einbruch beim Bruttoinlandsprodukt und bei der Beschäftigung blieb deutlich hinter den Prognosen zurück. Ja, die Schweiz wird weitherum um die erfolgreiche Meisterung der Krise beneidet. Und trotz der schleppenden Erholung in den meisten europäischen Ländern und dem massiven Einbruch des Eurowechselkurses verläuft auch die Erholung besser als erwartet. Der überaus starke Zuwachs der Exporte in den ersten sieben Monaten von über sieben Prozent ist ein **untrügerisches Zeichen für die intakte Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.** Eindrücklich dabei ist auch, dass trotz der schwersten globalen Rezession seit dem 2. Weltkrieg die Arbeitslosigkeit mit gegenwärtig 3,6 Prozent tief gehalten werden konnte und allein in den letzten fünf Jahren über 300'000 neue Stellen geschaffen worden sind.

Die robuste wirtschaftliche Verfassung sowie die disziplinierende Wirkung der Schuldenbremse haben dazu beigetragen, dass im Gegensatz zu Europa und den USA die öffentlichen Haushalte schwarze Zahlen schreiben konnten und die Verschuldungsquote nicht über 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen ist.

Was steht eigentlich hinter diesem Erfolg? Warum hat die Schweiz die Krise besser als andere gemeistert? Und sind die Bausteine dieses Erfolgs tauglich, um das Fundament auch in der Zukunft tragfähig zu halten?

All jene, die das Modell Schweiz gerne als Auslaufmodell abtun, sind aufgefordert, sich nicht länger diesen Fakten zu verschliessen. „Zeigen Sie mir ein Land mit einem besseren Ruf als die Schweiz. Der Schweizer braucht keine Minderwertigkeitskomplexe zu haben." Diese Worte des kürzlich verstorbenen Nicolas G. Hayek, Gastreferent am Tag der Wirtschaft 2008, verdienen in all den Diskussionen um die Zukunftssicherung wieder mehr Beachtung. Auch ich füge hinzu, wir können wirklich stolz auf unser Land sein.

Anstatt einem schlagzeilenträchtigen Negativismus zu huldigen, tun wir gut daran, auf den Säulen des Erfolgsmodells Schweiz weiter zu bauen. Zum einen geht es um die **Verlässlichkeit und die Standfestigkeit bezüglich einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung**. **Zweitens um die**

economiesuisse
Hegibachstrasse 47
Postfach CH-8032 Zürich
Telefon +41 44 421 35 35
Telefax +41 44 421 34 34

Verband der Schweizer Unternehmen
Fédération des entreprises suisses
Federazione delle imprese svizzere
Swiss Business Federation
www.economiesuisse.ch

Offenheit und wider das Verlangen nach Abschottung. Schliesslich geht es drittens um die **Eigeninitiative und ein System der Anreize,** statt um den Glauben an die Allmacht des Staates. Diese Attribute, **zusammen mit der bewährten Sozialpartnerschaft,** sind für die Wirtschaft und die Politik gleichermassen zentral.

Die Ländervergleiche sprechen eine klare Sprache. Wer sich in Mammutkonjunkturprogramme stürzte, hat hohe Schuldenberge aufgetürmt, ohne nachhaltige Wachstumsimpulse zu erzeugen. Wir tun daher gut daran, uns auf den bewährten Pfeilern den Herausforderungen zu stellen. Allein schon wegen der nach wie vor fragilen Wirtschaftslage, insbesondere wegen der gravierenden Verschuldungs- und Euro-Krise, wird die schweizerische Wirtschaft gefordert bleiben. **Der Druck auf die Margen wird als Folge der massiven Euroschwäche vorab die stark im Schweizer Franken basierenden Branchen zunehmend treffen. Kosten- und Innovationsführerschaft müssen daher Priorität haben.** Dies umso mehr, als solange die Bedingungen einer Währungsunion politisch nicht durchsetzbar sind, die Zukunft des Euro in der gegenwärtigen Form gefährdet bleibt. Solange die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte sowie die dramatische Verschuldung in Westeuropa und in den USA nicht im Griff sind, bleibt ein gefährliches Damoklesschwert über der Weltkonjunktur hängen. Auch wenn es nicht zum viel diskutierten „Double dip“ kommen wird, scheint eines klar: Im Schraubstock von hoher Schuldenlast und tiefer Beschäftigung wird es noch längere Zeit keine Rückkehr zu den Wachstumsraten vor der Krise geben. Nach Übertreibungen auf den Finanz- und Immobilienmärkten lässt sich eine Erholung nicht einfach und rasch mit monetären Mitteln erzwingen.

„Innovation und Offenheit als Chance.“ Wir haben diese Themen bewusst gewählt, weil sie mehr denn je entscheidende Bausteine für die Zukunftssicherung darstellen. Die Schweiz steht bezüglich Innovationskraft international auf den vordersten Plätzen. Diese Position muss jedoch im globalen Wettbewerb der Standorte stets von Neuem erkämpft werden. Asien ist beispielsweise längst weit mehr als die verlängerte Werkbank des Westens. Jeder Aufenthalt in Asien führt uns das unmissverständlich vor Augen. China hat bezüglich Hightechexporten mit den USA gleichgezogen. **China und Indien bilden jährlich mit deutlich über einer Million mehr Naturwissenschaftler und Ingenieure aus als Europa und Nordamerika zusammen.** Die Verschiebung des zukünftigen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses manifestiert sich hier unmissverständlich.

Was heisst das für die Schweiz? Mit einem 70-Prozent-Anteil des privaten Sektors an den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen kommt gerade in dieser Domäne dem Unternehmertum eine Schlüsselrolle zu. Nebst den anstehenden Reformen im Hochschul- und Forschungsbereich tut die Politik daher gut daran, die Rahmenbedingungen derart weiterzuentwickeln, dass unser Land auch zukünftig für forschungsintensive Unternehmen ein idealer Standort bleibt. Zentrale Postulate dabei sind **weitere Verbesserungen beim Technologietransfer, die Schwerpunktbildung insbesondere bei der kostenintensiven Forschung, eine flexible Bewilligungspraxis bei hochqualifizierten Forschenden auch ausserhalb des europäischen Raums sowie insgesamt attraktive Voraussetzungen für Konzernsitze von multinationalen Unternehmen.** Anstatt sich bei den Grossunternehmen nur auf die Risiken einzuschiessen, ja sie sogar zu verteufeln, tun wir gut daran, diesem Motor zum Wohle unseres Landes Sorge zu tragen. Die Abhängigkeit von wenigen Branchen und Unternehmen ist in der Schweiz geradezu einmalig. So trägt die Pharmaindustrie alleine gegen 40 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen bei. Bezogen auf die Unternehmen entfallen 60 Prozent der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung auf gerade einmal fünf grosse Firmen. Die besten Rahmenbedingungen allein sind jedoch nicht hinreichend für den Erfolg. Ängstlichkeit und die ausgeprägte Risikoaversion wirken immer wieder als gefährliche Bremsen. Im Dialog Wissenschaft – Politik – Wirtschaft und Gesellschaft muss es vermehrt gelingen, dass bei neuen Technologien nicht nur nach Gefahren, sondern wieder mehr nach den Chancen gefragt wird.

Lassen Sie mich an dieser Stelle klarmachen, dass wir Forschung und Entwicklung auch mit Blick auf die energie- und klimapolitischen Herausforderungen einen hohen Stellenwert einräumen. **Der Leistungsausweis der Schweizer Unternehmen ist im internationalen Vergleich eindrücklich. Ja, die Wirtschaft ist nicht das Problem im Klimaschutz, sie ist**

vielmehr die Quelle von Lösungen. Man kann es jedoch drehen und wenden wie man will, am Ersatz der auslaufenden Kernkraftwerke führt nichts vorbei. Vom Bundesrat und Parlament erwarte ich hier im Interesse unserer Konkurrenzfähigkeit und der Arbeitsplätze ein unmissverständliches Engagement. Nur dadurch wird es gelingen, dass sich unser Land auch zukünftig durch eine hohe Versorgungssicherheit und eine umweltgerechte und kompetitive Stromzufuhr auszeichnen kann. Wir sagen auch JA zu einem Stromabkommen mit der EU, jedoch NEIN zur Übernahme von Ballast, der aus Kosten-Nutzen-Überlegungen nicht zu rechtfertigen wäre.

Nicht nur Basel, nein die gesamte Schweiz gehört zu den globalisiertesten Volkswirtschaften der Welt. Die schweizerischen Unternehmen haben mit Weitsicht früh damit begonnen, aufstrebende Märkte ausserhalb Europas zu bearbeiten. **Vorausschauendes globales Handeln wird sowohl auf der Stufe der Unternehmen als auch der Aussenwirtschaftspolitik praktiziert.** Bereits in diesem Jahr dürften unsere Exporte ausserhalb Europas erstmals die Schwelle von 40 Prozent überschreiten. Dieser strukturellen Verschiebung, vorab nach Asien, müssen und wollen wir uns stellen. Es hat denn auch nichts mit Rückwärtsgewandtheit zu tun, wenn man zum Schluss kommt, der bilaterale Weg mit der EU sei auch zukünftig der Weg, der den wirtschaftlichen Interessen und den politischen Besonderheiten der Schweiz am besten Rechnung trägt.

Sind wir mit den Bilateralen in einer Sackgasse? Mehr noch, ist das Modell der Schweiz ein Auslaufmodell? Muss man sich den Vorwurf des Denkverbots gefallen lassen, nur weil man nach umfassenden Analysen zum Schluss kommt – wie in unserer Studie vom Frühjahr –, der bilaterale Weg sei weiterhin der bestmögliche für die Schweiz? Ja, der Bilateralismus ist seit einiger Zeit schwieriger geworden. Ja, wegen der neuen Grössenordnung, aber auch als Folge der gravierenden Finanzprobleme, ist das Voranbringen neuer Abkommen steiniger als auch schon. Dazu kommt, dass seit einiger Zeit das Postulat zur Übernahme der Rechtsweiterentwicklung bei neuen Abkommen im Raum steht. Dafür können aber institutionelle Lösungen gefunden werden. Und in diesem Zusammenhang habe ich auch Vertrauen in unsere Diplomatie. Es ist daher schwer verständlich, dass nur gerade aufgrund einiger Äusserungen seitens des Rats- und Kommissionspräsidenten die Bilateralen in die Ecke einer Sackgasse gedrängt werden. Bedenklich ist dabei nicht so sehr, dass man in europapolitischen Fragen verschiedene Meinungen haben kann. **Bedenklich ist vielmehr, dass bereits beim kleinsten Gegenwind eine äusserst bewährte Strategie infrage gestellt wird.**

Unter den gegenwärtigen und absehbaren Bedingungen gibt es schlicht keine Alternative zum bilateralen Weg. Der Bilateralismus hat auch nichts mit Rosinenpickerei zu tun. Dieses Klischee ist fehl am Platz. Im Gegenteil, der Bilateralismus ist schlicht im gegenseitigen Interesse. Die aussenwirtschaftspolitische Strategie mit den Pfeilern Bilaterale mit der EU, Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern sowie Deblockierung im Rahmen der WTO wahrt unsere nationalen Interessen am besten. Die klare Positionierung des Bundesrats von Mitte August begrüssen wir daher sehr. Wir fordern die Landesregierung auf, bei den institutionellen Fragen und bei Verhandlungen mit Brüssel die Leitplanken des Bilateralismus nicht zu verlassen und **entschlossen und offen zum schweizerischen Weg zu stehen.**

Mit Blick auf den Finanzplatz begrüssen wir es, dass im Rahmen des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen die mit dem Informationsaustausch und den kantonalen Steuerregimes zusammenhängenden Fragen koordiniert angegangen werden. Wir stehen nach wie vor hinter dem Konzept mit der Kombination einer Abgeltungssteuer und einer Regularisierung für die Altvermögen, um so den Schutz der Privatsphäre sicherstellen zu können. Was die Diskussion mit der EU über die **unterschiedliche steuerliche Behandlung von In- und Auslandgewinnen anbelangt, ist eine Lösung zu finden. Diese darf allerdings die übergeordnete Zielsetzung unserer Souveränität, des interkantonalen Steuerwettbewerbs und der Attraktivität der Schweiz als Unternehmensstandort nicht erodieren lassen.** Zudem gilt es dabei auch, unsere Forderungen bezüglich Marktöffnung, insbesondere im Finanzbereich, auf den Tisch zu legen. Wer ganz generell den Steuerwettbewerb immer mehr mit Emmentaler-Käselöchern überziehen will, leistet unserem Land einen Bärendienst und setzt letztlich eine wachstumshemmende Steuerspirale in Gang.

Während in früheren Jahrhunderten Kriege die hauptsächliche Ursache von Staatsbankrotten waren, ist die permanente Überforderung der öffentlichen Haushalte zur Befriedigung möglichst vieler politischer Klienten zur grössten Bedrohung des Aufschwungs und darüber hinaus der marktwirtschaftlichen Ordnung sowie der politischen und sozialen Stabilität geworden. Ganz losgelöst davon, ob staatliche Insolvenzen auf uns zukommen werden oder nicht, die Schulden, die zukünftige Generationen zu tragen haben, sind längst nicht mehr verantwortbar. Es ist daher unverständlich, wenn mit fadenscheiniger Argumentation versucht wird, die dringlich notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen immer wieder hinauszuschieben. Allein schon die steigende Zinslast von bis zu 20 oder mehr Prozent der Staatseinnahmen wird die budgetpolitischen Handlungsspielräume und dabei insbesondere die Fähigkeit zur Finanzierung langfristig notwendiger Investitionen massiv beschneiden. Angesichts dieser Dramatik mahnen die schwammige Erklärung vom G-20-Gipfel in Toronto sowie die finanzpolitischen Divergenzen innerhalb der EU zur Sorge.

Selbstverständlich treten bedingt durch die Konsolidierung der Staatsfinanzen vorübergehende Nachfrageeinbussen auf. **Doch die Behauptung, man könne mit einer weiterhin expansiven Fiskalpolitik mehr Wachstum generieren, ist schlicht eine Illusion.** Denn das beliebige Hinausschieben einer schrittweisen Abkehr von der Schuldenwirtschaft wird früher oder später gravierende Auswirkungen auf das Produktivitäts- und Wachstumspotenzial sowie einen Vertrauensbruch zur Folge haben. Ein solches Szenario würde letztlich das wirtschaftliche Kräftediagramm noch stärker nach Asien verschieben.

Die Fehlentwicklungen auf dem internationalen Parkett sollten auch in der Schweiz jenen verantwortungsvollen Kräften Auftrieb geben, die einem nachhaltigen Sanierungsprogramm zum Durchbruch verhelfen. Und in diesem Zusammenhang ist klar, dass insbesondere auch die notwendigen Massnahmen zur Gesundung der Sozialwerke nicht länger verdrängt werden dürfen. Mit der Zustimmung zur anstehenden Revision der Arbeitslosenversicherung, verbunden mit der beschränkten Anhebung bei den Lohnprozenten, wird ein unerlässlicher Schritt unternommen. **Wer gegen diese vom Geist des Ausgleichs geprägte Vorlage anrennt, blendet einmal mehr die sonst gepriesene Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen aus.** Deshalb appelliere ich an die Stimmberechtigten, ein JA in die Urne zu legen.

Bezüglich der politischen Agenda will ich trotz der anstehenden Bundesratswahl nicht weiter am Personenkarussell drehen. Zwei Anliegen aus Sicht der Wirtschaft sind jedoch zentral. Erstens muss es gelingen, dass die **bewährte Konkordanz über die Arithmetik hinaus wieder mit politischer Substanz und Berechenbarkeit angereichert wird.** Anders als beim glücklicherweise mehrheitsfähig gewordenen Staatsvertrag mit den USA erwarten wir von den im Bundesrat vertretenen Kräften, dass in solch schwierigen Situationen die nationalen Interessen vorangestellt werden. Aber auch der Bundesrat steht in der Pflicht – und nach dem grossen Revirement ist die Chance auch gegeben –, mit Geschlossenheit aufzutreten. Indiskretionen und mehr oder weniger offen ausgetragene Dissonanzen sind weder nach aussen noch nach innen vertrauensbildend. Teamgeist und Diskretion sind gerade auf der Ebene des Bundesrats unabdingbar, damit zentrale Themen vorausschauend und in einem Klima des gegenseitigen Respekts angegangen werden können.

„Bund und Kantone halten sich an den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit.“ Dieser in Artikel 94 festgehaltene verfassungsmässige Auftrag ist unmissverständlich. Denn Abweichungen sind bekanntlich nur unter klar definierten Auflagen zulässig. In den letzten Jahren ist als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Akzeptanz für den bewährten marktwirtschaftlichen Weg erheblich geschwächt worden. Der Siegeszug dieser auf Privateigentum und Wettbewerb basierenden Ordnung nach dem 2. Weltkrieg und in jüngerer Vergangenheit in zahlreichen Emerging Markets scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Die politischen Nachwirkungen der Finanzkrise sind allgegenwärtig. Es gibt eine gefährliche Entwicklung hin zu kurzfristig orientierten Markteingriffen und zur Überbürdung immer neuer Lasten mit lähmender Bürokratisierung an den Staat. **Die Schuldenkrise sollte uns Mahnung genug sein, dass dieser Weg sowohl ökonomisch als auch politisch ein Irrweg ist. Denn er würde früher oder später Leistungsanreize, Eigeninitiative, Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb untergraben.** Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplät-

ze und Wohlstand kämen gefährlich unter die Räder. Die Wachstumsstagnation, verbunden mit rekordhoher Schuldenlast in zahlreichen Ländern, ist nichts anderes als Ausfluss dieser Gewichtsverschiebung.

Wettbewerb und nicht der Bau von Mauern bringt uns langfristig voran. Denken wir nur an die enorme Marktöffnungsdividende in Form erhöhter Innovation und tieferer Preise bei der Telekommunikation. Es ist von daher nicht nachvollziehbar, weshalb bei Marktöffnungen, sei es bei der Post oder beim Agrarmarkt, nur mit angezogener Handbremse vorangeschritten werden soll. Anpassungen als Folge von Strukturverschiebungen erzeugen Ängste. Diese helfen wir aber nur zu überwinden, wenn wir uns offensiv, konsequent und glaubwürdig für den Wettbewerb einsetzen.

economiesuisse hat sich in den vergangenen zehn Jahren seit der Fusion von Vorort und Wirtschaftsförderung engagiert für marktwirtschaftliche Leitplanken im Interesse eines konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandorts eingesetzt. Über 90 Prozent der von uns geführten Abstimmungskampagnen zu wirtschaftsrelevanten Themen sind in unserem Sinne an der Urne entschieden worden. Deshalb zähle ich sowohl beim Urnengang über die Arbeitslosenversicherung als auch über die SP-Steuerharmonisierungsinitiative auf Ihre Unterstützung. Die Überzeugung, dass nur ein freies Unternehmertum Garant für Innovation und Wachstum sein kann, wird uns auch in Zukunft anspornen. Ganz im Sinne Ludwig Erhards, des Wegbegleiters der sozialen Marktwirtschaft, fühlt sich economiesuisse in der Pflicht, sich für die Weiterentwicklung der Freiheit einzusetzen.

Verlässlichkeit im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung, Offenheit und Eigeninitiative – verbunden mit Anreizen – waren und sind die tragenden Elemente des Erfolgsmodells Schweiz. Allen zeitweiligen Modeströmungen zum Trotz sind diese Werte unerlässlich für die Meisterung der Zukunft. Meine Damen und Herren, es lohnt sich, für diese Werte einzustehen.